

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	20.09.2022
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	22.09.2022

Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln

Der Rat der Stadt Köln hat am 08.09.2022 mit Beschlussvorlage 1892/2022 Folgendes beschlossen:

Auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Erfahrungsberichtes des Gewaltschutzkonzeptes wird die Verwaltung weiterhin mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt und die Aufgabe der Gewaltschutzkoordination dauerhaft implementiert. Die Verwaltung hält für die praktische Umsetzung, ein Monitoring und die Evaluation des Konzeptes durch die dauerhafte Einrichtung einer Koordinator*innenstelle aus fachlicher Sicht für unabdingbar und erforderlich.

Hierfür wird weiterhin eine Stelle in der Bewertung S 15 TVöD - Sozial- und Erziehungsdienst, stellenplan- und ergebnisplanneutral im Rahmen des zur Verfügung stehenden Stellensollbestandes des Amtes für Wohnungswesen herangezogen. Diese Koordinationsstelle ist beim Sozialen Dienst im Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln angegliedert.

Aufgrund der Dringlichkeit konnten vor der Sitzung des Rates am 08.09.2022 der Integrationsrat und der Ausschuss für Soziales, Senioren und Seniorinnen nicht mehr erreicht werden. Daher werden diese beiden Gremien nachträglich über diesen Beschluss informiert.

Notwendig wurde diese Vorgehensweise aufgrund der Tatsache, dass die Koordinationsstelle aufgrund ihrer Befristung im Oktober 2022 ausgelaufen wäre, aber die Aufgabe zur akuten Krisenbewältigung und Sicherung bestehender Strukturen besonders notwendig ist.

Intensive Präventionsarbeit, insbesondere zum Schutz vor Gewalt in jedweder Form, stellt eine nachhaltige Integration sicher. Interventionen bei Bewohnerkonflikten und bei Bedrohungen häuslicher und sexueller Gewalt sind erforderlich, um Gewalt und ihre Vermeidung zu thematisieren. Mit Präventionsarbeit werden gesellschaftliche Normen und Werte der Gesellschaft vermittelt und geübt und dadurch das friedliche Zusammenleben in den Unterkünften gefördert. Das hat u.a. eine nachhaltige Auswirkung auf Bewachungskosten, Vandalismus-Schäden und Reparaturkosten infolge von Gewaltausbrüchen und Gewaltanwendung.

Die Koordinationsstelle legt das Ergebnis des jährlichen Monitorings dem Gremium Runder Tisch für Flüchtlingsfragen und den Fachausschüssen der Stadt Köln in einem Jahresbericht vor (siehe Anlage).

Anlage: Jahresbericht 2021 Gewaltschutzkoordination im Amt für Wohnungswesen